

SACHSEN-ANHALT

SICHERHEITS-PRÜFUNG

Bestnoten für Flughafen Leipzig/Halle



Lübeck und Mannheim. An beiden Flughäfen fehle die von der internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) geforderte Auslaufzone am Ende der Landebahn, kritisierte die Pilotengewerkschaft.

FOTO: DPA

SCHKEUDITZ/DPA - Im alljährlichen „Flughafen-Check“ der Pilotengewerkschaft Vereinigung Cockpit (VC) hat sich der Flughafen Leipzig/Halle Bestnoten verdient. Auch die Airports in München, Frankfurt (Main) und Berlin-Schönefeld erhielten beste Bewertungen. Sicherheitsrelevante Mängel sah die Pilotengewerkschaft hingegen an den Flughäfen

UNTERKUNFT

Hotel im Kloster Helfta ist wieder geschlossen

EISLEBEN/MZ - Im Kloster Helfta (Mansfeld-Südharz) sind das Hotel und die dazugehörige Gaststätte geschlossen. Laut Stiftung St. Marien wurden die Pachtverträge zum 31. August aufgelöst. Erst vor einem Jahr hatten neue Betreiber das Hotel übernommen. Das Hotel war 2002 eröffnet worden. Eine private Betriebsgesellschaft investierte acht Millionen Euro, das Land gab zwei Millionen dazu.

TOURISMUS

Broschüre gibt 99 Tipps für Ausflüge

SANGERHAUSEN/MZ - Besucher können den Landkreis Mansfeld-Südharz jetzt auf ganz besonderen Pfaden erkunden. Die Angebote sind in einer Broschüre zu den 99 Lieblingsplätzen festgehalten. Aufgelistet sind Naturerlebnisse, kulturelle Ereignisse, abenteuerliche Unternehmungen und kulinarische Höhepunkte. Die Broschüre im Taschenformat liegt in den Tourist-Informationen in Eisleben, Stolberg und Sangerhausen aus.

EXTREMISMUS

Afrikaner wird beleidigt und geschlagen

HALLE/MZ - Ein 30-Jähriger hat in Halle-Neustadt einen Afrikaner angegriffen und verletzt. Der Mann beleidigte den 47-jährigen am Montagabend zunächst mit fremdenfeindlichen Ausdrücken, teilte die Polizei gestern mit. Danach wurde er handgreiflich, schüttelte und schlug sein Opfer. Der Afrikaner musste ambulant behandelt werden. Gegen den 30-Jährigen wird wegen Beleidigung und Körperverletzung ermittelt.

UNGLÜCK

Junger Mann stirbt unter Strohhallen

MAGDEBURG/DPA - Ein 27-Jähriger ist in Magdeburg von mehreren Strohhallen verschüttet worden und gestorben. Der junge Mann sei am Montagabend mit einem Freund auf die meterhoch aufgestapelte Strohhallen-Wand geklettert, teilte die Polizei gestern mit. Plötzlich brach der Stapel zusammen. Der 27-Jährige stürzte hinab. Die Ballen begruben ihn. Sein 24 Jahre alter Begleiter wurde schwer verletzt.

DEUTSCHLAND UND DIE WELT

BAHN

Lokführer stimmen Tarifabschluss zu

FRANKFURT (MAIN)/AFP - Mit großer Mehrheit haben die Mitglieder der Lokführergewerkschaft GDJ dem Tarifabschluss mit der Deutschen Bahn zugestimmt. 71 Prozent der Mitglieder beteiligten sich, 94 Prozent von ihnen sprachen sich für den Abschluss aus, wie die GDJ gestern mitteilte. Das Ergebnis sei „absolut überzeugend“ und „der schönste Lohn nach einer sehr harten Tarifaufeinandersetzung“, erklärte Gewerkschaftschef Claus Weselsky. Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDJ) und die Deutsche Bahn hatten nach ein Jahr um einen neuen Tarifabschluss gerungen; neun Mal streikten die Lokführer.

LOVEPARADE

Keine Entschädigung für Katastropheneinsatz

DUISBURG/DPA - Für seinen Einsatz bei der Loveparade-Katastrophe vor mehr als fünf Jahren

kann ein Feuerwehrmann laut Duisburger Landgericht keine Entschädigung beanspruchen. Schadenersatz stehe in aller Regel nur Menschen zu, die von einem Unglück unmittelbar betroffen seien, so der Richter. Zudem gehe es „um ein typisches Berufsrisiko“. Im ersten Prozess zu der Tragödie mit 21 Toten will der Feuerwehrmann 90 000 Euro Schadenersatz für seine posttraumatische Belastungsstörung. Das Urteil fällt am 5. Oktober. Seite 6

WELTPOLITIK

Deutschland steuert G-20-Präsidentschaft an

BERLIN/DPA - Deutschland könnte nach einem Medienbericht 2017 die G-20-Präsidentschaft übernehmen und damit im Bundestagswahljahr den Gipfel der Staats- und Regierungschefs wichtiger Industrie- und Schwellenländer ausrichten. Laut „Wirtschaftswoche“ stehe die deutsche Gastgeberrolle fest, sollte offiziell aber erst im November beim nächsten G-20-Treffen im türkischen Antalya fallen.

Helfen, aber wie?

ASYL Die Bereitschaft wächst, sich für Flüchtlinge zu engagieren. Welche Möglichkeiten es gibt und was zu beachten ist.

VON ALEXANDER SCHIERHOLZ

HALLE/MZ - Immer mehr Flüchtlinge kommen nach Deutschland, und immer mehr Menschen wollen ihnen helfen. Viele wissen aber nicht, wo und wie. Die MZ beantwortet die wichtigsten Fragen.

1 Ich möchte mich für Flüchtlinge engagieren. Wohin kann ich mich wenden?

Erste Anlaufstelle für Helfer sind die großen Wohlfahrtsverbände und die Landratsämter. Auch der Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt vermittelt Kontakte, ebenso örtliche Willkommensinitiativen und Migranten-Beratungsstellen. In einigen Orten werden die unterschiedlichen Hilfsangebote zentral koordiniert, etwa in Halle. Bei der Diakonie Mitteldeutschland kann man sich online als Helfer registrieren lassen; die Diakonie vermittelt dann Kontakte zu diakonischen Einrichtungen vor Ort, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren. Das Integrationsportal des Landes listet etliche lokale und regionale Ansprechpartner auf.

Koordinierungsstelle Halle: 0345/200 2810, www.fluechtlingsrat-sa.de, www.diakonie-mitteldeutschland.de, www.integriert-in-sachsen-anhalt.de

2 Welche Möglichkeiten der Hilfe gibt es?

Sehr viele. Wer helfen möchte, sich aber selbst nicht groß engagieren kann, kann Geld, Kleidung oder Spielzeug spenden. Darüber hinaus reicht die Palette von der Begleitung zu Ärzten und Ämtern über Spielnachmittage mit Kindern bis hin zu Hausaufgabenhilfe oder gemeinsamen Ausflügen. „Alles, was Begegnung schafft, ist gut“, sagt Christine Böllian vom Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt. Viele Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften seien froh, diese für ein paar Stunden verlassen zu können. Viele Flüchtlinge wünschen sich außerdem einen Internetauftritt in ihrer Unterkunft. „Das ist wichtig, damit sie sich über die Lage in ihrer Heimatländern informieren und Kontakt zu ihren Familien halten können“, sagt Böllian. Die „Freifunk“-Initiative, die sich für freie Internet-Netzwerke einsetzt, will in Heimen kostenlose Zugänge installieren. Dafür würden Nachbarn von Unterkünften gesucht, die bereit seien, ihren privaten oder geschäftlichen Internet-Anschluss zu teilen, sagt Freifunk-Sprecher Michael Vorsprach. Dazu müsste lediglich ein zusätzlicher WLAN-Router installiert werden. Wer solche Infrastruktur bereitstellt, müsse bei Missbrauch, etwa illegalem Herunterladen, nicht haften, so Vorsprach.

3 Falls mal etwas passiert: Wie sind Helfer versichert?

Nur im Rahmen ihrer üblichen privaten Haftpflicht- und/oder Unfallversicherung. Gesonderte Regelungen gibt es laut Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt nicht.



Asylbewerber bekommen vom Gewerbeverein in Hohenmölsen mehrere Computer gestellt.

FOTO: PETER LISKER



In Eisleben werden Flüchtlinge von der Tafel versorgt, in Heidenau werden Kleider gesammelt.



FOTOS: WINTERFELD, DPA

4 Worauf sollten ehrenamtliche Helfer achten?

„Man sollte sich vorher überlegen, welche Ressourcen man hat, vor allem zeitlich“, empfiehlt Christine Böllian vom Flüchtlingsrat. Zudem sollten Helfer offen sein dafür, was die Flüchtlinge wirklich benötigen - und sich nicht beleidigt zurückziehen, wenn das eigene Angebot zur Hilfe nicht auf Resonanz stößt. Sicher gibt es Alternativen, sich einzubringen. Auf Grenzen trifft freiwilliges Engagement, wenn es um rechtliche Fragen geht, etwa zum Asylverfahren oder zu finanziellen Leistungen. Flüchtlinge zu Behörden zu begleiten, sei gut, sagt Böllian. An ihrer Stelle mit den Ämtern zu kommunizieren, etwa Briefe zu übersetzen und zu schreiben, davon rät sie ab. Die rechtlichen Fragen seien so kompliziert, dass es dafür entsprechendes Fachwissen brauche. Listen von Beratungsstellen und Anwälten finden Interessenten im Landesintegrationsportal.

5 Welche Sachspenden benötigen Flüchtlinge?

Das ist höchst unterschiedlich, deshalb können nur Beispiele genannt werden. Für die Zentrale Aufnahmestelle in Halberstadt ausdehnt sich die Caritas Hygieneartikel wie Zahnbürsten, Duschgel oder Waschlappen, Windeln und Spielzeug, etwa Bälle, Stifte oder Malbücher. Die Diakonie nimmt Kleider spenden entgegen. Benötigt würden derzeit vor allem Männerbekleidung bis Größe L, Kindersachen sowie Schuhe, sagt Migrationsberater Christopher Bäncke. In Halle nehmen verschiedene Vereine und Initiativen Sachspenden entgegen. Eine genaue Liste gibt es bei der Freiwilligen-Agentur. In Dessau öffnet die Stiftung Evangelische Jugendhilfe St. Johannes mit lokalen Partnern in der kommenden Woche eine zentrale Spendenannahmestelle. Benötigt werde vor allem Kinderbekleidung, sagt Stiftungssprecher Karsten Noack. Für alle Spenden gilt: Sie müssen sauber und gut in Schuss sein. „Man sollte nur das weggeben, was man selber nehmen würde“, rät Cathleen Brand, Leiterin der Caritas im Harzkreis.

Caritas: 03941/26098, Diakonie: 03941/696 314, Annahmestelle Dessau: 0340/661 27 23, www.freiwilligen-agentur.de

6 Ich möchte Flüchtlinge in meiner Wohnung aufnehmen? Worauf muss ich achten?

Grundsätzlich ist das möglich, allerdings müssen die Behörden, in der Regel das Sozialamt, zustimmen. Dabei spielt der rechtliche Status der betreffenden Menschen eine wichtige Rolle. Die Hilfsorganisation „Pro Asyl“ gibt zu bedenken, dass Kriegsflüchtlinge möglicherweise traumatisiert sind und wartet vor „überhöhten Erwartungen“ an ein gemeinsames Wohnen. Online bietet „Pro Asyl“ einen kleinen Leitfaden an.

Mehr Informationen: www.proasyl.de

7 Was müssen Unternehmer wissen, die Flüchtlingen Jobs anbieten wollen?

Auch hier gilt: Der Status ist entscheidend. Wessen Asylverfahren noch läuft oder wer nur geduldet ist, darf erst nach drei Monaten arbeiten - und das auch nur, wenn die Stelle nicht von einem Deutschen, einem anderen EU-Bürger oder einem Migranten mit Aufenthaltserlaubnis besetzt werden kann. In der Regel entfällt diese Vorrangprüfung erst nach 15 Monaten Aufenthalt in Deutschland.

Wo und wie helfen? Interaktive Karte auf www.mz-web.de/hilfe

Mitteldeutsche Zeitung

ÜBERPARTIELLICH • UNABHÄNGIG
Herausgeber: Prof. Alfred Neuen Döllmann + Christian Döllmann; Schriftleitung: Neuen Döllmann; Chefredakteur: Hartmut Augustin; Stellvertretende Chefredakteure: Lars Geipel, Sibylle Quenert; Politik: Rainer Wrony; Sachsen-Anhalt/Wirtschaft: Walter Zöllner; Kultur: Andreas Montag; Sport: Christian Elsässer; Blick/Reise: Hans Ulrich Köhler; Leserservice/Regiebetriebe: Kerstin Metze; Sätze von der Druckerei; Produktion: Bernd Martin; DuMont Hauptstadtsredaktion: Jochen Antz (Chefredakteur); Holger Schmalze (Leitung, Chefredakteur); Markt- und Vertriebs: Magdeburg: Kai Gausmann, Hendrik Kraner-Rydy; Geschäftsführung: Tilo Schelsky; Anzeigenleitung: Heinz Alt; Verlag und Redaktion: Mediengruppe Mitteldeutsche Zeitung GmbH & Co. KG, Deitzscher Straße 65, 06112 Halle; Druck: MD Druckergesellschaft mbH, Fietz-Schulze-Str. 3, 06114 Halle; Postanschrift: 06070 Halle; Telefon: (03 45) 56 50; Redaktions-Tel.: (03 45) 45 42 40; Fax: (03 45) 45 42 40; Anzeigen-Tel.: (03 45) 65 22 11; Fax: (03 45) 65 22 20; E-Mail: services@web.de; Internet: www.mz-web.de; Wochenschein mit „primus“, dem Magazin zur Zeitung. Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 27 vom 2. Februar 2015. Für uns angefordert eingegangene Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Die Redaktion behält sich bei der Veröffentlichung von Leserbriefen das Recht zum Kürzen vor. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verleges oder in Fällen höherer Gewalt bzw. infolge von Streik besteht kein Entschädigungsanspruch.

ZURÜCKGEBLÄTTERT

1870 1900 1950 2000

Am 2. September 1850 gründet der deutsche Auswanderer und Apotheker Hermann Blumenau in Brasilien den nach ihm benannten Ort Blumenau. Die Stadt entwickelte sich zu einem Zentrum deutscher Kolonisation im Land. Blumenau hatte das Brasilien zuvor vier Jahre lang bereist. 1848 beschloss die Gesellschaft zum Schutz der deutschen Auswanderer in Südbrasilien mit Sitz in Hamburg, unter Leitung von Blumenau eine Kolonie zu gründen. In Blumenau erinnert eine Statue an den Stadtgründer.



Die Landes-Grünen sind mit sich zufrieden

Partei zieht Bilanz und will regieren.

MAGDEBURG/DPA - Die Grünen in Sachsen-Anhalt haben ihre Arbeit als Opposition im Landtag als Erfolg bewertet, streben nach der Wahl des Landtags im März 2016 aber nun eine Regierungsbeteiligung an. „Wir wollen für Sachsen-Anhalt eine bündnisgrüne Visitenkarte“, sagte Fraktionschefin Claudia Dalbert gestern in einer Bilanz von gut vier Jahren Opposition im Landtag. Der schwarz-rote Regierung warf sie Visionlosigkeit vor. „Wir haben eine blasser Regierung, die wenig Akzente setzt.“

Auch als Opposition habe man im Parlament an zahlreichen Gesetzesvorhaben Verbesserungen einbringen können. Beispiele seien Verbesserungen bei der Lehrerausbildung, Änderungen am Schulent-

wicklungsplan oder auch ein besserer Schutz von Fledermäusen bei Windenergieanlagen. Zudem habe man frischen Wind ins Parlament gebracht. „Wir stellen auch mal ein großes Schwein vor den Landtag“, sagte sie in Anspielung an einen Protest gegen Tierschutzverstöße.

Allerdings wolle man als Regierung mehr erreichen, sagte Dalbert. Sie könne sich eine rot-rot-grüne Regierung vorstellen, wolle aber auch ein schwarz-grünes Bündnis nicht ausschließen. Als linke Partei gebe es für die Grünen aber größere Schnittmengen mit Linkspartei und SPD. Im Wahlkampf wollen die Grünen Dalbert zufolge mit Ideen überzeugen, vor allem bei den Schwerpunkthemen Bildung und Umweltschutz.

CDU-Fraktionschef fürchtet einen „Linksruck“ im Land

Schröder lobt eigene Wirtschaftspolitik.

MAGDEBURG/MZ/GAU - In der Debatte über die Wirtschaftsförderung im Land zieht die Union ein zufriedenes Fazit der ablaufenden Wahlperiode. „Wir können nachweisen, dass sich die wirtschaftliche Lage besser darstellt als zu Beginn der Wahlperiode“, sagte CDU-Fraktionschef André Schröder. Er verwies unter anderem auf ein gestiegenes Bruttoninlandsprodukt und höhere Bruttolöhne. Im aufziehenden Landtagswahlkampf schlägt Schröder aber auch scharfe Töne an. Er kritisierte den Koalitionspartner SPD und warnte vor einem Machtwechsel: „Was die Wirtschaftspolitik im Land nicht braucht, ist ein Linksruck.“

Schröder monierte, dass sich der SPD-Landesvorstand gegen die

Fortführung des Geschäftsmodells der umstrittenen landeseigenen Risikokapital-Gesellschaft IBG ausgesprochen hat - obwohl die Ministerriege mit Finanzminister Jens Bulterjahr (SPD) das gerade beschlossen hat. „Die SPD setzt sich zunehmend vom Handeln ihrer Regierungsmitglieder ab“, so Schröder.

Für weiteres Wachstum brauche die Wirtschaft „Kontinuität und Planungssicherheit“. Es sei wichtig, die Unternehmen nicht weiter zu belasten und potenzielle Gründer zu ermutigen. Durch „linke Politik“ drohe hingegen mehr Bürokratie - etwa durch eine Verschärfung bei der Auftragsvergabe und eine Beschränkung der Wirtschaftsförderung nur noch auf Halle und Magdeburg.